



Botschaft der Republik Peru in Deutschland
Herrn Botschafter
José Luis Pérzez-Sanchez Cerro
Mohrenstraße 42
10117 Berlin

12. Juni 2009

Sehr geehrter Herr Botschafter,

wir sind in München im Rahmen des europäischen KlimaBündnisses aktiv mittels unserer Partnerschaft mit dem Volk der Asháninka im zentralen Regenwald Perus.

Durch Informationen in deutschen Medien und Informationen aus Peru wurde ich über die Vorkommnisse vom 5.6.2009 im Departement Amazonas (Provinz Bagua) informiert. Bei einer Aktion von peruanischer Polizei und Militär wurden über 50 Menschen getötet (Indigene, Bewohner von Bagua und Soldaten und Polizei), viele Menschen wurden verletzt, viele Menschen haben sich aus Furcht vor weiterer Verfolgung in Kirchenasyl begeben.

Der Räumung der Straße bei Bagua gingen über vierwöchige Protestaktionen der indigenen Organisationen in vielen Regionen Perus voraus, koordiniert durch ihren Dachverband AIDSESEP. Ausgangspunkt waren Präsidialdekrete im Zuge der Verhandlungen wegen einem Freihandelsabkommen mit den USA erlassenen Gesetze, die eine weitere Zerstörung des peruanischen Regenwaldes erleichtert hätte.

Angesichts der globalen Erderwärmung engagieren wir uns in München im Rahmen unserer Möglichkeiten, CO₂-Ausstoß zu verringern, unterstützen Wiederaufforstung und Erhalt des Regenwaldes und können es nicht verstehen, dass die peruanische Regierung alles dafür tut, damit die extraktive Industrie (Erdöl, Gas, Biotreibstoffe etc.) für einen kurzen Zeitraum hohe Gewinne aus dem Regenwald zieht, dann aber langfristig einen zerstörten Regenwald hinterlässt.

Es ist auch nicht verständlich, dass die peruanische Regierung sich nicht an die, von ihr ratifizierten Konventionen wie die Konvention Nr. 169 der ILO hält, die verbindlich vorschreibt, dass die Urbevölkerung an allen sie betreffenden Projekten transparent und früh mit beteiligt wird.

Ich schließe mich den vielen internationalen Protesten an und bitte die peruanische Regierung sehr deutlich, dass sie die verfassungsfeindlichen Dekrete zurücknimmt, alles tut, damit die Repression beendet wird, in einem fairen Diskussionsprozess mit den indigenen Völkern im Rahmen internationaler Abkommen eine nachhaltige Diskussion über eine nachhaltige Waldbewirtschaftung begonnen wird.

Mit freundlichen Grüßen

Hep Monatzeder

Rathaus, Marienplatz 8
80331 München
Telefon: (089) 233 - 9 24 79
Telefax: (089) 233 - 2 65 05
buero.bgm3@muenchen.de